

---

Sven Papcke

## Wiederkehr der Macht

---

*Prof. Dr. Sven Papcke, geb. 1939 in Hamburg, Studium der Geschichte und Soziologie in Hamburg und London, lehrt Soziologie an der Universität Münster.*

*„Universelle Herrschaft absoluter Skrupellosigkeit“<sup>1</sup>*

„Das Phänomen Politik, das unsere Geschichte mitgestaltet, ist ein erregendes Abenteuer“. So sah es Walter Henkels in einem Bestseller über die öffentliche Szene in Bonn.<sup>2</sup> Der Bundestag als Bravourstück? Das kommt der Epoche längst nicht mehr so vor. Regierung, Politik oder Verbände sind der Mitwelt ärgerlich geworden. Wer nimmt schon Anteil am Parlamentsgeschehen, solange er nicht durch dort abgeseignete Steuererhöhungen betroffen wird? Der von den Parteien besetzte Vorfeldraum der Amtspolitik gar trifft auf Mißachtung oder Mißbilligung, je nachdem.<sup>3</sup> Die Bürger gehen zu den Wahlurnen, wenngleich ohne viel Hoffnung und daher immer lustloser. Diese Abwendung, wenschon nicht von der Verfassungsform, so doch vom politischen Alltag, verweist auf Wandlungen der politischen Großwetterlage<sup>4</sup> und bewirkt, daß sich kaum noch Zeitgenossen an der Arbeit der Parteien beteiligen. Solchem Aufmerksamkeitsverlust folgt Unkenntnis über die Möglichkeiten von Politik in unserer Zeit des Umbruchs auf dem Fuße. Das als Staatsverwaltung überlieferte Werkzeug öffentlicher Machtausübung bei-

---

1 MaxWeber, Die protestantische Ethik (1904), München/Hamburg 1965, S. 47.

2 Zeitgenossen, Hamburg 1953, S. 8.

3 Immerhin 49 Prozent der Bevölkerung erklären (Der Spiegel Nr. 44 [1997], S. 59), mit dem „politischen System“ unzufrieden zu sein.

4 Vgl. Helmut Klages, Häutungen der Demokratie, Zürich 1993.

spielsweise sei „in seiner bisherigen Tradition als Heros der Gesellschaft nicht zu retten“.<sup>5</sup> Aus System theoretischer Sicht mag man den Staat fast bemitleiden. Im Reigen konkurrierender Zuständigkeiten in Gesellschaft und Wirtschaft soll er kaum mehr etwas zu sagen haben. Die innere Differenzierung in der Spätmoderne lasse eine zentrale oder gar hierarchische Lenkung gesellschaftlicher Abläufe nicht mehr zu. Verwunderlich nur, daß die Obrigkeit immer schon oder immer noch angerufen wird, wenn es innen- wie außenpolitisch um große Fragen geht. Diese Hoffnung auf Entscheidungsmacht entspricht zwar nicht mehr unbedingt der Alltagserfahrung. Vater Staat glänzt im Straßenchaos oder bei der Kleinkriminalität zunehmend durch Abwesenheit. Gleichwohl ist bislang keine Instanz sichtbar<sup>6</sup>, die ersatzweise die Herausforderungen oder Krisen im Lebens-, Umwelt- oder Wirtschaftsraum abfedern könnte, wiewohl die Tendenz sozialer Teilsysteme, sich selbstreferentiell abzuschließen, mehr als Kontextsteuerungen und damit höchstens indirekte Beeinflussungsmöglichkeiten der Politik hinfort erschwert.<sup>7</sup>

Das Desinteresse der breiten Öffentlichkeit am politischen Raum ist womöglich als „Entzauberung des Staates“ (Willke) zu entziffern. Ohne Frage haben sich als Folge der Modernisierung von Wirtschafts- und Lebenswelt die Möglichkeiten des staatspolitischen Handelns nicht nur verändert; sie wirken auch weniger lösungskompetent und sind vor allem weit angefochtener als früher. Der Staat kann vielleicht noch als Inbegriff, nicht aber mehr ohne weiteres als Vertreter gleichermaßen des Gemeinwillens + Allgemeinwohls verstanden werden, da er im Interplay mit anderen Zuständigkeiten zunehmend blockiert wirkt. Gleichwohl bildet das Unbehagen über die Mängel der Politik bei verbreiteten Ohnmachtsgefühlen gegenüber der Verwaltung nur eine Seite der Medaille. Tatsächlich schlägt die Problemfülle des allgemeinen Wandels mitsamt seinen Risiken in Beruf und Alltag die Zeitgenossen in ihren Bann. Aus Sorge um die eigene Biographie rechnet man bei allem Anspruch, freizügiger zu leben als früher, auf eine Regelungsinstanz, die eben im Namen der Vor- und Nachsorge und damit als Staat die Aufgabe übernommen hatte, sich stellvertretend für die Allgemeinheit um mehr Chancengerechtigkeit zu bemühen. Die Absage an Zumutungen der Politik verträgt sich offenbar mit der gleichzeitigen Nachfrage der Mitwelt nach institutionellen Garantien. Solche Suche nach Sicherheit und Rechtfertigung vor dem „Publikum der Staatsbürger“<sup>8</sup> unterläuft die unterstellte Fähigkeit zur Eigenverantwortlichkeit. In unseren Zeiten der Arbeitsteilung steht zudem die Bereitschaft zur Selbstorganisation der Bürger in Frage, die eine Voraussetzung wäre für die breitere Streuung von Entscheidungskompetenz in der Gesellschaft. Diese wiederum erst könnte dem Staat mitsamt seinen Recht-

---

5 Jedenfalls laut Auskunft des Bielefelder Soziologen Helmut Willke, *Supervision des Staates*, Frankfurt/M. 1997, S. 347.

6 Dazu Dieter Grimm (Hrsg.), *Staatsaufgaben*, Frankfurt/M. 1997.

7 Grundlegend Niklas Luhmann, *Soziale Systeme*, Frankfurt/M. 1984.

8 Vgl. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung*. Frankfurt/M. 1992, S. 415 ff.

fertigungsformen weitere Handlungsspielräume kappen, ohne zugleich Leerräume zu schaffen, in denen unkontrollierte Macht waltet.

### Staatsverdrückung

Von Anfang an begleitete der Staat zur Chaosverminderung die Modernisierung als „great transformation“ (Polányi) aller Befindlichkeiten. In ihm organisieren die Bürger über die Regierung einen Sicherheitsverband (*societas defensoria*), „vermöge (dessen) die Kräfte der Gesellschaft... vereinigt werden können.“<sup>9</sup> Mit Hilfe des staatlichen Gewaltmonopols wurde innergesellschaftliche Willkür reduziert und wurden historisch zugeschriebene Ungleichheiten abgetragen. Derart erst konnte, zur Selbstrechtfertigung der modern times, der Individualisierung auf die Sprünge geholfen werden. Und selbst wenn es so schien, als ob sich der daraus resultierende Nationalstaat seinerseits zuweilen zum - im Extremfall - kriegesischen Verhängnis steigerte, lassen sich allenthalben gesellschaftliche Machtinteressen feststellen, die wieder und wieder den Staat<sup>10</sup> militärisch mißbraucht haben, und zwar mit breitester Zustimmung ihrer auf die Schlachtbänke geführten Bevölkerungen. Wenn also die bislang jedenfalls in der Gestalt des Staates verkörperte Risikominderung entfällt, steht der Epoche dann die Ausbreitung von Regellosigkeit ins Haus?

Anstatt danach zu fragen, was politisch an die Stelle einer öffentlich kontrollierten und daher wenigstens formal dem allgemeinen Wohl (Sicherheit, Versorgung, Rechenschaft) verpflichteten Politikverwaltung treten wird, kann sich der Zeitgeist nicht entscheiden, ob ihn das alles überhaupt interessiert. Oder ob man sich lieber auf Sachzwänge verlassen sollte, die es auf ihre Art schon richten würden oder auch nicht. Entsprechend spielt etwa in der Soziologie die Kategorie des „Schicksals“ wieder eine Rolle.<sup>11</sup> Nicht so sehr als Rückerinnerung an die menschliche Semsgebundenheit, die hinter der Dynamik von Dingen dem sozialwissenschaftlichen Blick entfallen zu sein schien. Eher schon als rettender Strohalm in der allgemeinen Orientierungslosigkeit des Faches. Die Rede vom Schicksal (etwa bei Heinz Bude oder Wolfgang Lipp) jedoch dient eher der Verhüllung. Denn sie vermeidet es, die überraschende Karriere so unangenehmer Phänomene wie Ausschließung und Bevormundung, die sich wieder ausbreiten, beim Namen zu nennen, indem sie als zweite Natur des Gesellschaftlichen, und damit als Kismet, gesehen werden.

---

9 So Uwe Wesel besorgt, zit. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.12.1997, S. 45. Vgl. Gottlieb Hufeland, *Lehrsätze des Naturrechts und der damit verbundenen Wissenschaften*, Jena 1795, S. 408. Das umfaßt einerseits den Hierarchieschutz gegen Machtkonkurrenz im Inneren (vgl. Helmut Willke, *Ironie des Staates*. Frankfurt/M. 1992, S. 27). zum anderen den Souveränitätsschutz gegen Raumkonkurrenz von außen (vgl. Victor Lee Burke, *The Clash of Civilizations. War-Making and State Formation in Europe*, Cambridge 1997).

10 Frei nach „l'état sommes nous“ „besitzt der Staat keine eigene Identität“, sondern repräsentiert die politische Selbstaktualisierung temporaler Sinn-als-Machtmuster, vgl. Rainer Eichmann, *Ordnung durch Beobachtung*, in Grimm, *Staatsaufgaben*, S. 177 ff., hier S. 177.

11 Vgl. Christian Geyer, *Auf verlorenem Posten*, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.9.1997, S. N. 5.

Es muß nicht nietzscheanisch vom „Willen zur Macht“ die Rede sein. Aber schon ein flüchtiger Blick in ein einschlägiges Lexikon mag verdeutlichen, wie intensiv seit der frühen Neuzeit gedanklich mit Macht, Gewalt oder Benachteiligungen gerungen wurde.<sup>12</sup> Nicht zuletzt, um ihre Auswirkungen aus dem Zustand der Schicksalhaftigkeit wenigstens in eine „fatalite modifiable“ (Comte) überführen zu können. Also in sozialtemperierte und damit etwas lebenswertere sowie freiere Verhältnisse. Medium dieser Aufhellung der Seinsperspektive war allemal der Staat. Zur Sicherung der politischen Verhältnisse suchte das öffentliche Zentrum der Gesellschaft durch Umverteilung die heftigen Auseinandersetzungen zu beruhigen, die seit Beginn der Fabrikmoderne zwischen Renditeinteressen einerseits und der Sozialopposition andererseits ausgefochten wurden.

Mit der Zeit entwickelte sich dabei ein „Fahrstuhleffekt“ (Beck) nach oben, begleitet von einer ungeahnten Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Selbst diese Produktivitätsrevolution jedoch war ein Nebeneffekt der staatlichen Bändigung der Marktmachtverhältnisse. Erst nachdem Ungerechtigkeit nicht länger widerspruchslos als „eigentlicher Tyrann oder Revolutionär in der Societät“ hingenommen wurde, um es mit Franz von Baader auszudrücken, konnte das vielbeschworene „Projekt Moderne“ anlaufen. Und erst nachdem traditionale oder voröffentliche, folglich unkontrollierte Kräfte nicht länger die Politik bestimmten, gelang es, den sozialen Rechtsstaat zu schaffen. Und mit seiner Hilfe geht es seither darum, die seit der Aufklärung beschworene Zukunftsaufgabe der Menschheit zu leisten, „enchaner le sort“ (Babeuf), folglich das Schicksal in Gestalt sozialer Gewalten wie Elend, Unwissenheit oder Unterwerfung einzudämmen. Mehr ist in einer Welt der Knappheit und Verschiedenartigkeit wohl nicht zu erreichen.

Das jedoch ist sehr viel, hält man sich die Alternativen vor Augen. Mithin zum einen die sozialen Aussichten in der offenbar anstehenden Nachpostmoderne.<sup>13</sup> „Erst kommt der Mensch, dann der DAX!“<sup>14</sup> Diese Losung ist keineswegs mehr selbstverständlich, sie klingt nach Rufen im dunklen Wald. Auch hierzulande gibt es wieder massenweise Armutsvererbung, soziale Ausschließung und Verwahrlosung. Das Magazin Der Spiegel titelte daher über die wachsende Aufspreizung der Chancenverteilung: „Die gespaltene Gesellschaft“<sup>15</sup>. Zum anderen geht es um die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in einer Gesellschaft, aus der sich der Staat zugunsten der Entfaltung von Gewinnerwartungen zurückzieht, wenn er nicht zu deren Handlanger wird. Entsprechend schrumpft der Zuständigkeitsbereich demokratisch abgestimmter Politik, ohne daß der Entscheidungsdruck abnimmt, der auf der Mitwelt lastet. Hier werden mithin andere Kräfte tätig, denn Macht kennt kein

---

12 Vgl. Theo Stammen/Gisela Riescher/Wilhelm Hofmann (Hrsg.), Hauptwerke der politischen Theorie, Stuttgart 1997.

13 Zu deren Aussichten vgl. H. W. Simons/Michael Billig (Hrsg.), After Postmodernism, London u. a. 1994.

14 Der SPD-Vorsitzenden (Bayern) Renate Schmidt, zit. Westfälische Nachrichten vom 23.10.1997, S. 1.

15 Nr. 40 (1997), S. 86-109.

Vakuum. Wohingegen die Politik der Parteien aus Mangel an Anteilnahme zur bloßen Pflege von Leitfiguren oder Illusionen gerinnt.

## **Macht**

Macht kann sogar im demokratischen Umfeld umschrieben werden als Fähigkeit, die Kosten des sozialen Wandels auf schwächere Milieus abzuwälzen. Die Strukturreform-engagierten Parteien versuchten seit ihrer Gründung, solche Mehrbelastungen für die abhängig Beschäftigten abzubauen. Sozialoppositionelle Verbesserungsarbeit mit diesem Ziel verlief zweigleisig. Im Rahmen einer Durchdemokratisierung von Staat und Gesellschaft sollte den Benachteiligten Gehör verschafft werden, um überhaupt auf die Machtverteilung einwirken zu können. Überdies wollte man den gesellschaftsgeschichtlich insgesamt unkontrolliert-unkontrollierbaren Entwicklungsprozeß womöglich etwas rationaler gestalten.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das soziale Machtaufkommen, das nicht als Politik formalisiert wurde/werden kann?

Das Gewicht etwa der Unternehmenseite im Verteilungskampf oder als betriebliche Personalverfügung ist als gesellschaftliche Organisationsmacht spürbar; Heinz Oskar Vetter, der frühere DGB-Vorsitzende, sprach vom „Nebenstaat der Unternehmer“.<sup>16</sup> Alle über Wahlen zugänglichen Einrichtungen verwalten demgegenüber nachgeordnete Befugnisse. Wohingegen etwa durch Investitionsentscheidungen, die durch privates Handeln entstehen, das politische, ökologische oder kulturelle Umfeld der Politik vorgeformt wird. Der alltägliche Kampf um Mehrheiten ist auf der politischen Bühne ein gesellschaftspolitischer Streit für den Pluralismus und gegen minoritären Sondereinfluß. Aber jener von Robert Kuttner, Kolumnist der Business Week, so genannte „free market absolutism“ entzieht sich solcher Bändigung, bestimmt seinerseits statt dessen die Rahmenbedingungen, welche das Handeln der Regierungen vorfindet. Diese Macht vor/neben der Macht stellt sich nicht zuletzt dar als soziale Übervorteilung. Wo kaum 2 Prozent der privaten Haushalte mehr als 70 Prozent des Produktivkapitals besitzen und Spitzengehälter den Durchschnittslohn eines Industriearbeiters um den Faktor 100 übersteigen, herrscht ein Chancengefälle, das alle sozialen Reformanstrengungen in Frage stellt. Die Folgen einer derartigen Abstufung des Lebensstandards sowie der Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung sind aus der Geschichte bekannt. Die Nutzung gesellschaftlicher Güter wie Bildung, Ansehen, Information, Mobilität oder Gesundheit verteilt sich ebenso ungleichmäßig wie Einfluß, Autorität oder Vermögen.

Soziale Macht verwirklicht sich jedoch nicht allein als Sozialgefälle, sondern bildet zugleich auch dessen Treibsatz. Macht selbst ist wie Geld ein knappes Mittel und entsprechend umstritten. Ihre Verfügbarkeit ordnet sich, trotz der epochalen Durchdemokratisierung mitsamt der Öffnung von Auf-

---

16 Auf dem 11. Gewerkschaftstag der IG Leder in Mainz, zit. nach Frankfurter Rundschau vom 25.5.1976, S. 4.

stiegswegen, noch immer nach den Grundmustern aller bisherigen Lastenzuteilung. Die Inanspruchnahme fremder Leistungen gestaltet die Gesellschaftsbeziehungen schon immer als Übervorteilung. Diese durchlief im Lauf der Zeit vielfältige Formen. Aber immer sah sich die durch Art und Weise der Produktion geregelte Aneignung mit Hilfe von „Erzwingungsstäben“ (Max Weber) ideologisch gerechtfertigt und politisch gesichert.

Bei aller Durchlässigkeit verträgt sich auch die hochentwickelte Marktgesellschaft mit sozialer Schichtung, sie kennt somit Extramacht. Als Gestalter des dynamischen Teils der Gesellschaft spielen die Unternehmenseliten eine ausschlaggebende Rolle. Obgleich die Industriegesellschaft seit der Etablierung von Massenparteien mit demokratischen Steuerungsmechanismen koexistiert, hängen die gesellschaftlichen Untersysteme am Tropf des Wirtschaftserfolgs. Mitsprache oder gar Einspruch von anderer Seite, etwa kulturelle, ökologische oder auch politische Bedenken, haben ein eher bescheidenes Gewicht.<sup>17</sup> Berücksichtigt sehen sie sich nur, falls sie das Wirtschaftsgeschehen fördern, das - auf Wettbewerb angelegt - der bottom line mehr verpflichtet ist als der Gerechtigkeit.

Solange der Arbeitsmarkt floriert und die Versorgung gesichert ist, gilt diese Gewichtung als normal. Wirtschaftserfolg und Gemeinwohl sehen sich gleichgesetzt, auch weil ausreichend soziale Bindekräfte am Werke sind. In Zeiten des Abschwungs ändert sich dieses Bild. Bedroht eine stotternde Konjunktur die Lebensperspektive der Menschen, dann werden die Erwartungen der Wirtschaft an den einzelnen als anmaßend empfunden, weil ihr Leistungsanspruch vor dem Chancenwachstum rangiert. Alternativen allerdings sind nicht vorhanden, in Wirtschaftsflauten bestätigt sich das Diktat der Knappheit eher noch, unter der alle Vergesellschaftung grundsätzlich leidet. Und auch Macht ist nie so wertvoll wie in schlechten Zeiten. Nicht nur bewahrt es deren Verfüger vor den Ausweglosigkeiten, in die sich die große Menge versetzt sieht. Überdies ist Macht etwa als Wirtschaftskompetenz gefragt wie nie, um womöglich den Karren wieder aus dem Tal zu ziehen.

Hier ist der Staat als Ausfallbürgschaft im Wort, noch immer, um soziale Härten abzufedern. Aber auch die Politik ist gefragt, damit wirtschaftliche Sondermacht nicht überhand nimmt. Beide Leistungen setzen allerdings innergesellschaftliche Reformdiskurse voraus, in denen dieser Zusammenhang überhaupt angesprochen wird. Die Macht der Macht besteht nicht zuletzt darin, daß sie wirkt, ohne daß ihr Einfluß sichtbar wird. Handlungswege, die den „Rahmen des Selbstverständlichen“ überschreiten, geraten hingegen unter Nachweisdruck. Konformität ist nur anhand der Möglichkeiten nachzuweisen, die abgewählt wurden, falls sie den geltenden Vorstellungen der Chancenverteilung nicht entsprechen.<sup>18</sup> Die Vermittlung solcher Muster

---

17 Trotz der beruhigenden These von Franz Greiß, Unternehmertum in letzter Bindung an höhere Werte, in ders. J. F. W. Meyer, *Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*. Festgabe für Alfred Müller-Armack, Berlin 1961, S 533 ff.

18 Vgl. Peter Bachrach/M. S. Baratz, *Macht und Armut*, Frankfurt/M. 1977, S. 43 ff.

ist eine Hauptleistung der Normalität. Das Privileg des Gewohnten läßt sich trotz möglichen Dissenses in Einzelfragen kaum überwinden, besonders in Krisenzeiten und wenn es sich - wie heutigentags - mit aller Entschiedenheit selbst der Umwälzung der sozial-technologischen Verhältnisse widmet.

Die Macht des Vorfindlichen war und ist ideengeschichtlich überwältigend. Sie steht jeglicher Veränderung im Weg, die nicht als Eigenwandel der Verhältnisse wahrgenommen wird. Selbst unbefriedigende Soziallagen überdauern ihre Widersprüchlichkeit. Nicht nur, weil Innovationsangebote laut Auskunft der Geschichtsquellen vom Regen in die Traufe führen können, sondern einfach, weil sie vertraut sind.<sup>19</sup> Die Aufdeckung solcher Dominanz des Gewohnten muß allem Korrekturbedürfnis vorausgehen. Andernfalls endet die Sozialanalyse unversehens beim Schicksalsbegriff. Und die Reforminitiative landet trotz aller Anstrengungen dort, wo sie ihren Ausgangspunkt nahm: in den mehr oder weniger veränderten Wechselfällen der gegebenen Zustände.

### Reformen?

Nun vertritt die SPD seit Bismarcks Zeiten einen Reformbegriff „als die Summe der sozialen Forderungen“ (Bernstein), welche die zur Einsicht in ihre Lage gelangten Arbeiter an die Industriemoderne stellen. Dieses Sicheinlassen der alten Linken auf das Gegebene begünstigte beachtliche Realreformen.<sup>20</sup> Man denke lediglich an den fabrik weltlichen Wandel von der Ständegesellschaft zum Individualismus. Seither kann von einem Arbeiterbewußtsein als Sprungbrett für Änderungen freilich keine Rede mehr sein, was aller Sozialopposition seither das politische Leben schwer macht. Sollten die sozialen beziehungsweise ökologischen Kosten der Globalisierung indes höher steigen als deren gesamtgesellschaftlicher Ertrag, näherte sich das Marktsystem der Unwirtlichkeit früherer Epochen an. Sind wir schon soweit? Schaut man auf die Vermögensbilanz, noch lange nicht. Aber Frederic Lordon erkennt gleichwohl „les infortunes de la vertu“: Unserer Epoche scheint der Wille abhanden zu kommen, die ökonomischen Sachzwänge mitsamt ihren problematischen Rückwirkungen auf das Zusammenleben humanverträglich abzufedern.<sup>21</sup> Und so ist es überall in Europa, wie ein Blick umher auf dem Alten Erdteil zeigt. Allerorten ist der Staat auf dem Rückzug, und die Löcher in den Sozialkassen lassen sich kaum stopfen.

Will sozialengagiertes Handeln nicht bloß stützen, was letzten Endes doch fällt, dann gehören die Ursachen für die gesellschaftlichen Verhärtungen beziehungsweise ihre politische Duldung auf den Prüfstand. Berg- und Talfahrten des Wirtschaftsverlaufes werden im Zeitalter der Globalisierung wahrscheinlicher. Aufschwünge kommen dem Arbeitsmarkt nicht länger

---

19 Vgl. Heinrich Popitz, *Prozesse der Machtbildung*, Tübingen 1969, S. 36 f.

20 Wenigstens peu à peu, nachdem sich in den eigenen Reihen nicht nur die geradezu puritanische Verneinung des „Amoralismus einer Raffergesellschaft (W.S. Schlamm, *Wie neu, wie links ist die „Neue Linke“?*, *Welt am Sonntag* vom 12.9.1971, S. 7) gelegt hatte, sondern auch die panische Befürchtung, die blockierte Demokratisierung nur par force überwinden zu können.

21 *Les quadratures de la politique économique*, Paris 1997, S. 296 ff.

zugute. Außerdem läßt sich das Wirtschaftsgeschehen regional nur gering beeinflussen. Je unberechenbarer die Marktbewegungen geraten, um so dringlicher wäre jedoch die öffentliche Erörterung möglicher Schadensfolgen sowie ihre rechtzeitige Begrenzung. Denn „eine Freiheit“, mahnte Willy Brandt, „die sich nicht in Gerechtigkeit verankert, schlägt (als) Freiheit der Wenigen auf Kosten der Vielen (...) in Willkür um.“<sup>22</sup>

Grundstürzende Umbaubilder, wie sie früher üblich waren, wirken unangebracht. Korrektivstrategien sind nurmehr als Summe nachbessernder Eingriffe zu begreifen. Läßt sich aber Erneuerung nicht länger dramatisch zuspitzen, etwa als Revolutionierung der Verhältnisse, dann ist weniger ein Kranz von Sollsätzen vonnöten als vielmehr die Auflistung hier und jetzt vermeidbarer Fehlleistungen des Systems. Aus Sicht der Betroffenen, die immer mehr werden, dient allein noch solche Dauerreparatur dem Chancenerhalt. Die wirtschaftliche Dispositionsfreiheit unter Gewinndruck ist alternativlos. Sie gilt jedoch nicht länger als Inbegriff gesellschaftlicher Verteilungs- beziehungsweise Versorgungskompetenz. Die Engpässe der Wirtschaft stellen trotz wachsender Reichtumsproduktion die modische Massenhoffnung auf Selbstverwirklichung in Frage. Folglich rufen die als Eigenlogik des Marktes verbuchten Rückwirkungen auf die Gesellschaft demokratietheoretisch nach der Bringschuld all jener Handlungszentren, die der Epochengestaltung entzogen sind, obgleich sie deren politische wie soziale Spielräume begrenzen.

### **Aufklärung**

Jede Reformpolitik wirft machtpolitische Fragen auf. Abweichende Interessen der Sozialmilieus pflegen in Schlechtwetterperioden zu Reibungen zu führen. Sie werten den Machtfaktor als Ausgleich für ordnungspolitische Leistungseinbußen auf. Lassen die Gewinnaussichten zu wünschen übrig, verdüstert sich zudem das Sozialklima. Die Unternehmen senken zur Krisenzügelung den Arbeitnehmeranteil am Sozialprodukt. Das stellt zwar eine Fehlrationalisierung dar, weil die Summe betrieblicher Entlastungen geringer ausfällt als die volkswirtschaftlichen Folgekosten. Aber der Abschwung gilt der Mitwelt nicht zuletzt als Konsequenz materieller Überversorgung. Mit Blick auf die Entwicklung der Verteilung ist das ein Trugschluß.<sup>23</sup> Vielmehr öffnet sich die Schere zwischen arm und reich immer weiter:

- Das untere Fünftel (uF) der Haushalte (nach Vermögensklassen/1993) verfügt über 6,9 Prozent des Immobilienvermögens, das obere Fünftel (oF) über 43,6 Prozent.
- Das uF verfügt über 0,6 Prozent der Vermögensrendite (Zinsen, Dividenden), das oF über 80,5 Prozent.
- Das untere Zehntel der Einkommensklassen erhielt (1996/Bruttoarbeitseinkommen) ein durchschnittliches Monatsentgelt von 700 Mark, das obere Zehntel von 9575 Mark.

22 Rede am 11.11.1975 auf dem SPD-Parteitag in Mannheim, Unkorrigiertes Protokoll, S. 70.

23 Zu den Daten vgl. Claus Schäfer, Verteilungspolitik, WSI-Mitteilungen Nr. 10/Köln 1997, S. 669 ff.



In Rezessionen ist Einigkeit über eine fairere Verteilung der Krisenkosten indessen kaum herzustellen. Die Lösung der Schwierigkeiten, wie immer sie aussehen mag, geht vielmehr zu Lasten schwächerer Mitspieler. Es sei denn, diese entdecken ihre Organisationsmacht wieder und erstreiten größere Lohnanteile. Das gelang etwa im Sommer 1997 gegen den United Parcel Service in den USA oder im November 1997 den Lastwagenfahrern in Frankreich.

Die Geschichte der Sozialopposition erlaubt eine paradoxe Schlußfolgerung. Je weniger Basisdruck, desto mehr Liberalität kann sich das Verteilungssystem erlauben. Gerät das Rentabilitätsprinzip in Schwierigkeiten, werden die Zügel gestrafft. Die Wirtschaftsschwankungen bleiben von Wunsch und Willen der Politik weitgehend unbeeinflusst. Entsprechend entzieht sich die allgemeine Einkommenssituation der politischen Gestaltung. Das Marktsystem hingegen reagierte überaus offen auf Herausforderungen. Immer wieder sind Positionen bei Bedarf als unzeitgemäß ausgewechselt worden. So schien es über Jahrzehnte geboten, die Sozialbewegung durch Umverteilungsmaßnahmen einzubürgern. In der heutigen Globalisierungsfalle hingegen ist solche Elastizität herabgesetzt, obschon der Staat seit längerem die Gewinnaussichten der Unternehmen durch vielerlei Abschreibungschancen geradezu hätschelt.

An „die Bändigung der Macht der Großwirtschaft“, wie es vollmundig im „Godesberger Programm“ (1959) geheißen hatte,<sup>24</sup> mag niemand mehr denken. Es geht heute frei nach „die Bewahrung des Erreichten ist das Maximum des Erreichbaren“ eher um die Rettung der bestehenden Sozialkultur.<sup>25</sup> Ist diese noch zu erhalten? Und wenn ja, wie? Die gesamte Palette der über die Entlohnung hinausgehenden Leistungen scheint auf Abruf zu stehen, ebenso wie deren Niveau selbst.<sup>26</sup> Der hiesigen Schönwetterdemokratie stehen Schwierigkeiten ins Haus, wiewohl von Protest wenig zu hören ist, selbst die Studenten verlangen vor allem mehr Geld.<sup>27</sup> Aber zum einen werden die sozialen Grundlagen des Verfassungsstaates bereits entkernt. Zum anderen schrumpft deren Akzeptanz, was nicht zuletzt die Massenabkehr von der Parteipolitik erweist. Und Ungleichheit mitsamt ihrer Zwillingschwester, der sozialen Ausschließung, breiten sich aus. Damit aber steigt die Bedeutung von Macht als innergesellschaftlicher Extrachance. Über ihre Rolle hat Claus Rolshausen

---

24 Programme der Deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 195.

25 Regierungserklärung am 4.6.1979 von NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn, Neue Deutsche Schule 27 (1979), S. 233 ff., hier S. 234.

26 Zwar seien „gesellschaftspolitische Reformen“ als „Verbesserung der gegebenen Verhältnisse im Interesse eines besseren sozialen Ausgleichs“ nicht länger wie „Vorstufen zur Überwindung der Marktwirtschaft“ anzusehen. Aber es gehe darum, diese weiterhin als „Mittel zu ihrer Fortentwicklung zugunsten der abhängig Beschäftigten“ zu verstehen, ohne allerdings „die unternehmerische Eigeninitiative als eine der wichtigsten Antriebskräfte des Systems“ zu tangieren, vgl. „Stellungnahme“ des Vorstands zu den Beschlüssen des Juso-Bundeskongresses in Bremen vom 11. bis 13. Dezember 1970, Hrsg. vom SPD-Parteivorstand in Bonn, März 1971, S. 11 f.

27 Im Gegensatz zu 1968 will im Winter 1997 der intellektuelle Nachwuchs nicht die Phantasie an die Macht bringen, sondern verharrt im prosaischen Umkreis überfüllter Hörsäle, unterversorgter Bibliotheken und schwindender Berufsaussichten.

eine wichtige Studie vorgelegt.<sup>28</sup> Sie gleicht einer sozialwissenschaftlichen Wiederentdeckung dieser Ressource. Auch im Anschluß an eine Konjunkturkrise hatte ein soziologisches Erfolgsbuch von Urs Jaeggi<sup>29</sup> an Machtkonjunkturen als Kehrseite allgemeiner Chancenverschlechterungen erinnert und die „Schläfrigkeit der Machtkritik“<sup>30</sup> aufgestört. Seinerzeit hatte man von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) gelesen. In unseren Tagen fehlten Stichworte wie Armut, Übervorteilung oder Verwahrlosung in den einschlägigen Lexika. Statt dessen schienen der „Erlebnisgesellschaft“ (Schultze) gebratene Tauben in den Mund zu fliegen. Das war nicht das Ende der Geschichte der Macht.

---

28 Macht und Herrschaft, Münster 1997.

29 Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1969.

30 Erwin Faul, Der moderne Machiavellismus, Köln/Berlin 1961, S. 159.